



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/S

11. Januar 1950

Das Spiel mit der "Nationalen Front"

Dr. K. Im Politbüro der SED ist man sich seit langem darüber im klaren, dass die Einheitspartei die Macht nur mit Hilfe der sowjetischen Besatzung halten kann. Aus diesem Grunde, also aus dem Gefühl der eigenen Schwäche und der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Positionen nach einem möglichen Rückzug der Besatzungstruppen, haben sich die treibenden Kräfte, in erster Linie Walter Ulbricht, der Lenin der sowjetischen Besatzungszone und Franz Dählem für eine möglichst 100-prozentige Sowjetisierung der ostzonalen Volksdemokratie eingesetzt. Es hat sich nun herausgestellt, dass diese Absichten der SED im Augenblick keineswegs den Zielen der Deutschlandpolitik des Kreml entsprechen. Daher wurde anstelle des 74-jährigen made gewordenen Fracktragers Pieck der geistige Motor der SED, Ulbricht, anlässlich des Geburtstages Stalins nach Moskau beordert. Als er zurückkam, wurde offenbar, dass Moskau kein Interesse an einer hermetisch von Westdeutschland abgeriegelten ostdeutschen Volksdemokratie hat, sondern, wie es Dr. Schumacher in Berlin formulierte, einen Machtzuwachs gesamtdeutschen Umfanges braucht. Ulbricht musste extra einen Tag länger als die übrige deutsche Delegation in Moskau bleiben, um die Instruktionen Stalins entgegenzunehmen.

In dieser schwierigen Situation, nämlich vor die Notwendigkeit gestellt, bei den im Herbst stattfindenden Wahlen endgültig die Macht in der sowjetischen Besatzungszone an sich zu reißen, gleichzeitig aber auch entsprechend den Befehlen Moskaus in Westberlin und Westdeutschland Boden zu gewinnen, greift nun die SED auf ihr Allheilmittel, die "Nationale Front" zurück. Schon im Feujahrsaufruf der SED hiess es: die breiteste Entfaltung der "nationalen Front" ist die politische Hauptaufgabe des Jahres 1950. Und kürzlich verkündete das "Neue Deutschland", das Zentralorgan der SED, unter der Schlagzeile: "Das ganze Deutschland muss es sein" den "historischen Beschluss" des Sekretariats der deutschen Volkskongressbewegung, die Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden in Ausschüsse der nationalen Front umzuwandeln. Neue Kräfte aus allen Schichten, so

behauptet man, insbesondere aus den Reihen der Intelligenz, der früheren Pgs und der Unternehmer, hätten sich für die nationale Zusammenarbeit ausgesprochen. Es ist das alte, aufpolierte Rezept, die Sowjetzone und ganz Deutschland zu erobern.

In Sachsen-Anhalt wurde bereits der erste Landesausschuss der "Nationalen Front" gebildet. Die SED wird dafür sorgen, dass "spontane Willensäußerungen der Bevölkerung" auch in den übrigen Ländern die Bildung entsprechender Ausschüsse beschleunigen. Die LDP hat bereits ihre Mitglieder zur Mitbeteiligung aufgerufen. Auch von den übrigen Parteien werden die gleichen Treuegelöbnisse erwartet. Erprobte SED-Funktionäre werden als Vorsitzende der einzelnen Landes- und Kreis-ausschüsse die Gewähr dafür bieten, dass der revolutionäre Gedanke der "Nationalen Front" gesichert bleibt.

Durch eine plumpe Drohrede, die Franz Dählem vor ein paar tausend SED-Funktionären im Friedrich-Stadtpalast (dem früheren Zirkus Schumann) hielt, hat er nun diese von Moskau befohlene Aktion der SED vorzeitig demaskiert. Den Führern der SPD und den Beauftragten Adenauers und der westlichen Imperialisten sei anscheinend noch nicht zum Bewusstsein gekommen, was es bedeute, gegen Männer wie Lieck und Ulbricht und die 1,8 Millionen starke SED anzukämpfen. Die SED werde die alten und neuen Kriegsverbrecher in Westdeutschland enteignen. Weiter forderte Dählem den Abzug der westalliierten Besatzungstruppen, während er mit dem Verbleiben der sowjetischen Besatzung in der Ostzone sich einverstanden erklärte, da sie "kaum noch zu spüren" sei. Die Katze liess er vollends aus dem Sack, als er erklärte, es sei eine Illusion, anzunehmen, dass durch die Wahlen im Oktober die gegenwärtige "demokratische Front" gesprengt werden könnte. Wahlen würden stattfinden, aber auf der Grundlage des Manifestes der "Nationalen Front". Das soll wohl heissen, dass die bürgerlichen Ostzonenparteien während der Oktoberwahl keine Chancen mehr haben werden, als Einzelparteien vor die Ostzonenwähler zu treten.

In der Ostzone will man also mit Hilfe der "Nationalen Front" die noch widerstrebenden Parteien, in erster Linie die Ost-CDU und Ost-LDP zum politischen Karakiri treiben. Im Westen aber hofft man mit dem Schlagwort von der "Nationalen Front" alle jene national-bolschewistischen und nationalistischen Gruppen zu gewinnen, die schon einmal an der Wiege des "Tausendjährigen Reiches" standen.

Die USA und der strenge Kanzler

H.P. Die Zeiten des Honigmondes der Regierung Adenauer sind vorüber: Die bürgerliche Welt, die das Wahlergebnis vom 14. August mit unverhohlener Begeisterung aufnahm, beginnt Bedenken zu bekommen. Dabei ist die ausländische Kritik freimütiger als die im eigenen Lande. So erinnert man sich im Ausland zunehmend der Tatsache, dass die Regierung durchaus nicht in allen ihren Handlungen eine einwandfreie demokratische Legitimation besass. Gerade die Hohen Kommissare aber waren es, die bisher die Regierung Adenauer mit besonderem Eifer unterstützten, in der vagen, wenn nicht trügerischen Hoffnung, durch dieses Wohlwollen größeren Einfluss auf die Demokratisierung des neuen Staatsgebildes ausüben zu können.

Dass dies eine Fehlspekulation war, wird auch immer weiteren alliierten Kreisen klar. Man hält deshalb mit Rügen der deutschen Regierung immer weniger zurück. Den flüchtigen Beobachter mag diese heftige Kritik etwa überraschen, wenn man bedenkt, dass erst kürzlich anlässlich der Unterzeichnung des Petersberg-Abkommens die "staatsmännische" Führung Adenauers gepriesen wurde. Das schwächt leider die Wirkung der gegenwärtigen Kritik etwas ab.

Zum Jahreswechsel hat z.B. das Büro des amerikanischen Hohen Kommissars einige Empfehlungen bekanntgegeben, die in der deutschen Berichterstattung aus naheliegenden Gründen zunächst fast ganz untergingen und die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Laut "New York Times" heisst es darin: "Man sollte der gegenwärtigen Tendenz Dr. Konrad Adenauers - des Kanzlers eines Staates, von dem man voraussetzt, dass es eine Bundesrepublik ist - ein Ende machen, die darin besteht, in seinen Beziehungen zu den Hohen Kommissaren willkürlich zu handeln, ohne die gesetzgebende Körperschaft beratend hinzuzuziehen". In demselben Artikel wird gesagt, auch britische Kreise seien der Ansicht, dass Dr. Adenauer so handle "als ob er der alleinige Gebieter Westdeutschlands" sei. Die Zeitung empfiehlt, Mr. McCloy, "der so gute Beziehungen zu dem "strengen Kanzler" habe, solle mit ihm ein offenes Wort reden und ihn ersuchen, "von seiner gegenwärtigen Tendenz zu einer zentralisierten, wenn nicht gar einer persönlichen Herrschaft abzugehen und bei allen Problemen mehr Zeit auf die Pflege innerdeutscher Interessen zu verwenden". Andernfalls sei zu befürchten, dass die augenblickliche Weigung der Beamtschaft

und der Vollzugsorgane zum Regieren zum Schaden der deutschen Demokratie fortgeführt werde.

Dass diese Art der Kritik symptomatisch für die besorgte Haltung der Amerikaner ist, geht auch aus anderen Veröffentlichungen hervor.

Das richtet sich nicht allein gegen die Regierung selbst, sondern vor allem auch gegen gewisse politische Parteien und Gruppen (Hedler), die hinter der Regierung stehen und gegen die Personalpolitik Dr. Adenauers, der in seinen Staatsapparat eine Reihe "alter Kämpfer" eingebaut hat, die man trotz aller Fersilscheine niemals als Demokraten anerkennen kann und dergleichen mehr.

In amerikanischen Augen liegt die Schuld an diesen Zuständen nicht allein bei den Deutschen. Die "New York Herald Tribune" veröffentlichte am 5.1. eine scharfe Kritik ihres Bonner Korrespondenten an der Politik der Hohen Kommission. Der Artikel erkennt an, dass die Bildung der westdeutschen Regierung eine Stärkung deutscher Souveränität zur Folge haben musste, ist aber der Meinung, dass die alliierten Kommissare nicht eine Politik der Unterstützung Adenauers "zu recht oder unrecht" betreiben dürften. Auch sei es falsch, die Beeinflussung deutscher Geschicke lediglich auf der Basis "geheimer oder privater Diskussionen mit Dr. Adenauer" vorzunehmen. Der Korrespondent hebt besonders hervor, wie schadhaft es sei, dass man Dr. Adenauer nicht öffentlich gerügt habe, als er seine Autorität in einer Weise benutzt habe, die "gefährliche Präzedenzfälle für die Führung der Regierung und des Parlaments" geschaffen habe. Es sei nicht die Aufgabe der Hohen Kommission, Dr. Adenauers Autorität aufzumöbeln, sondern das Vertrauen in Europa und die Welt zu festigen. Dazu sei es notwendig, der deutschen Regierung und dem deutschen Volke dauernd "einen kritischen Spiegel vorzuhalten, wie es durch Zeitungsleitartikel oder Reden von Oppositionsführern in gefestigten Demokratien der Brauch ist".

An die Stelle anfänglicher Überschwenglichkeit ist also bei der Beurteilung der Regierung Adenauers und seiner Regierung eine auffallende Zurückhaltung getreten - auch in weiten Kreisen vor allem des angelsächsischen Auslandes. Adenauer wird mit Eifer bemüht sein, dem französischen Außenminister bei seinem Aufenthalt in Deutschland eine andere Auffassung von seiner eigenen, Adenauers, Person und Politik beizubringen. Die Voraussetzungen für das Gelingen dieses Versuches sind nach dem bisher erreichten Grad der Übereinstimmung der beiden Gesprächspartner -leider- nicht schlecht.

Zur finnischen Elektorenwahl
am 15. Januar

P a a s i k i v i

sp. Immer, wenn die Beziehungen zwischen Finnland und Russland vor einem Wendepunkt standen, fiel der Name Paasikivi, der Name des heutigen Staatspräsidenten im Lande der 35.000 Seen. Paasikivi war der Mann, der alle diese Wendepunkte einleitete und die daraus resultierende Politik führte. Das war 1920 so, als im Friedensvertrag von Dorpat aus dem bisherigen russischen Grossherzogtum die Republik Finnland wurde; das war 1939 so, als auch Paasikivi den Überfall Russlands nicht verhindern konnte; das war so, als im März 1940 der Winterkrieg zu Ende ging und das war schliesslich nicht anders, als 1944 Finnland zum zweiten Male kapitulierte. Nicht weil er russephil sei, wie ihm verschiedentlich nachgesagt wird, wurde Juho Kusti Paasikivi, der ehemalige Bankdirektor, zu diesen vielen politischen und diplomatischen Sondermissionen ausersehen, sondern weil er in allen Situationen des jungen Staates sich der Bedeutung des grossen östlichen Nachbarn bewusst war und daraus die oft bitteren Konsequenzen zog. Oft wurde ihm vorgeworfen, dass er Russland gegenüber zu nachgiebig sei, zumal als bekannt wurde, dass Stalin für Paasikivi etwas übrig habe, obwohl dieser sich immer als "Konservativer" bezeichnet. Und doch wusste der finnische Staatsmann stets, wie weit er gehen konnte und wo die Nachgiebigkeit gegenüber dem mächtigen Nachbarn aufhörte. Das bewies er, als er vor zwei Jahren den Militärvertrag zurückwies, der Finnland eines beträchtlichen Teiles seiner Souveränität zugunsten Moskaus beraubt hätte.

Der realistische Sinn lässt den Politiker Paasikivi nach Osten blicken; Herkunft, Bildungsgang und Lebenslauf verketteten den Nachkommen eines alten Bauerngeschlechts, den ehemaligen Universitätsprofessor, der ein Jahr in Leipzig studiert hat und den erfolgreichen Bankpräsidenten mit der westlichen Kultur, wobei Paasikivi aus seiner besonderen Vorliebe für Schweden nie ein Mehl gemacht hat. Mit 79 Jahren ist Paasikivi heute einer der Ältesten aktiven Staatsmänner Europas, aber die Jahre vermochten nur, die breiten Schultern etwas nach vorne zu drücken; sonst verrät nichts in der wuchtigen Gestalt das hohe Alter, das dem finnischen Staatspräsidenten eine geistige Rüstigkeit von seltener Intensität verlieh. In fünf Sprachen, darunter auch deutsch, informiert sich Paasikivi täglich aus

Auslandszeitungen, er findet neben den Regierungsgeschäften noch Zeit, alle Neuerscheinungen geschichtsphilosophischen Inhalts zu studieren und so auch in seiner Lieblingsbeschäftigung auf dem laufenden zu bleiben.

So ist der Mann beschaffen, der an der Seite einer sozialdemokratischen Regierung Finnland durch die Wirrnisse der Nachkriegszeit geführt hat. Finnland ist der einzige Staat an Russlands Westgrenze, der sich bisher die Selbständigkeit erhalten hat. Zum nicht geringen Teil ist das ein Verdienst Paasikivis.

-dt.

Menzel zur Polizeiorganisation

sp. Nach Zeitungsnachrichten sollen die Hohen Kommissare die Länder aufgefordert haben, die deutsche Polizei unterhalb der Landesebene zu dezentralisieren. Wie uns der Innenminister Dr. Menzel aus Nordrhein-Westfalen mitteilt, ist ein solches Schreiben in den letzten Tagen nicht eingegangen. Allerdings seien den Innenministern schon vor einigen Wochen die Wünsche der Besatzungsmächte mitgeteilt worden, die Polizei weiter zu dezentralisieren.

Aufgrund der in der britischen Zone bestehenden Polizeiorganisationen würden nach Ansicht Dr. Menzels Änderungen nicht vorgenommen zu werden brauchen, weil es in den Ländern der britischen Zone keine Landespolizei gebe. Das sei freilich ein System, welches sich nach Auffassung der Landtage und der Länderregierungen nicht bewährt und nur dazu beigetragen habe, einen wirklichen demokratischen Aufbau der Polizei zu erschweren.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen .

sp. Die Kreisdelegierten-Konferenz der SPD-Wiesbaden wählte am 8. Januar mit 76 gegen 41 Stimmen bei 6 Stimmen Enthaltung Stadtrat Georg E u c h zum 1. Vorsitzenden und Max Lippmann gegen 1 Stimme bei 3 Stimmen Enthaltung zum 2. Vorsitzenden. Der 15-köpfige Kreisvorstand wurde mit zwei Veränderungen wiedergewählt. Neu ist die Gründung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen in Südhessen unter Vorsitz von Rechtsanwalt Dr. Krauss. Die Gruppe zählt bereits 60 Mitglieder.

Propaganda um den Wohnungsbau

sp. Die Propagandamaschine zugunsten des Wohnungsbauprogrammes der Bundesregierung läuft z.Z. auf Hochtouren. In Presse und Rundfunk wird so getan, als ob alles in schönster Ordnung, als ob die Mietfreigabe schon beschlossen, die Finanzierung von 250.000 Wohnungen schon gesichert sei. Aber so ist es nicht. Kein Mensch, der sich nicht über 250.000 Wohnungen freuen würde, aber wohl ebenso kaum ein Mensch - ausser den an der eigenen dicken Brieftasche Interessierten - der die Freigabe der Mieten begrüßen würde. Das hiesse, den sozialen Wohnungsbau endgültig beiseite zu schieben, das hiesse, den Millionen Vertriebenen und Ausgebombten eine menschenwürdige Wohnung zu tragbarer Miete zu verweigern.

Im übrigen ist dem Bundestag das Regierungs-Wohnungsbauprogramm noch gar nicht zugegangen. Der Grund dürfte in dem sozialdemokratischen Gesetzesentwurf zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues zu suchen sein. Dieser Entwurf eines wahrhaft sozialen Gesetzes hat bei der Regierung so gewirkt, dass eine wahre Inflation an propagandistisch bestimmten Argumenten unter Vorwegnahme von Wünschen als Tatsachen als besonders geeignet angesehen wird, die Schwächen und Härten des Regierungswohnungsbauprogrammes zu vertuschen. Man möchte ein fait accompli schaffen. Aber noch ist es Zeit. Die Abgeordneten werden sich zu entscheiden haben.

Gegen die Versteppung der Rheinebene

sp. Zu den Berichten über den Bau des Rheinseitenkanals und die dadurch drohende Versteppung weiter Gebiete der Rheinebene und den Sorgen, die durch den Kanalbau für Südwestdeutschland entstehen, wird auch der Bundestag, wie wir erfahren, Stellung nehmen. Baden, das unmittelbar betroffen ist, hofft auf eine Intervention des Bundes, da die Landesregierung allein keine Abhilfe durchsetzen kann. In diesen Tagen kamen Mitglieder des Bundestagsausschusses für Grenzlandfragen an den Oberrhein und wurden dort durch eine ausgedehnte Besichtigung und aufschlussreiche Informationen davon unterrichtet, wie stark die Wasserabzäpfung am Rhein die badische Landwirtschaft bedrohe und auch die bisher recht ergiebige Fischerei gefährde. Sachverständige wiesen darauf hin, dass das Grundwasser durch den neuen Kanal bis an die Vorberge heran nachgesogen wurde.

Zur Rechtslage wurde festgestellt, dass sich Frankreich durch den Versailler Vertrag das Recht auf den Bau eines Rheinseitenkanals gesichert habe und der Vertrag keine Garantie für eine Mindestwassermenge im Rhein enthalte. Durch Verhandlungen müsse versucht werden, für Baden das Recht zu erwirken, Wasser für einen deutschen Bewässerungskanal abzuzweigen. Im Versailler Vertrag habe Frankreich auch die Verpflichtung übernommen, die Hälfte des Nettogewinns an Strom dem Lande Baden durch Stromlieferungen oder Zahlungen zu vergüten; bis jetzt ist in dieser Hinsicht noch nichts geschehen. Nachdem die französischen und deutschen Delegierten in der Rheinkommission sechs Jahre lang vergeblich verhandelt hatten, besteht auch noch immer keine Vereinbarung über die Höhe der Vergütung der durch den Rheinkanalbau entstandenen Schäden.

H.H.
